

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Dresdner Nachrichten
Redaktion: Dresden, Postamt 2
Herausgeber: Sammelnummer: 25241
Preis für Nachdruckpapiere: 20 Pf.
Schriftleitung u. Haushaltshilfe:
Dresden - R. 1, Marienstraße 25/26

Beilage: Bei Weißer wöchentliche Ausgabe montags 3.00 M., einschließlich 10 Pf. für Zeitungen, durch Zeitung 3.00 M., einschließlich 10 Pf. Zeitung (ohne Verkaufserlaubnis) bei Post und in den öffentlichen Postämtern. Einzelnummer 10 Pf. Auslandspreise: Die einzige 10 Pf. kostet 20 Pf. für ausländische 40 Pf., bis 50 mm lange 200 Pf., außerhalb 300 Pf.
abg. Zeitung 10 Pf. Zeitung, Sammlerstücke und Sonderausgaben eine Münze 15 Pf., außerhalb 25 Pf. Zeitung 20 Pf. Zusätzliche Kosten gegen Verkaufserlaubnis.

Redaktions- und Verlag: Dresdner & Reichardt,
Zwickau, Postamt 210, 1083 Dresden
Nachdruck nur mit best. Quellenangabe
(Zeitung, Seite, Zeile) gestattig. Unterfangen
Schriftsätze werden nicht aufgenommen.

Die Flucht ins Ausland wird erschwert

Allgemeiner Sichtvermerkzwang ab Mitternacht

Berlin, 3. April. In der nächsten Ausgabe des Reichsgesetzblattes wird die Verordnung über die Einführung des allgemeinen Sichtvermerkzwanges für alle Ausreisen aus dem deutschen Reichsgebiet veröffentlicht werden. Zu gleicher Zeit ist mit dem Erlass preußischer Durchführungsbestimmungen zu rechnen. Der allgemeine Sichtvermerkzwang soll bereits heute nach 12 Uhr in Kraft treten, so daß bei dieser Stunde ab Ausreisen aus Deutschland nur noch bei Vorhandensein des Ausreise-Sichtvermerks möglich sind. Der Sichtvermerk wird gebührenfrei erteilt von den Sichtvermerksbehörden, für Berlin zum Beispiel vom Polizeipräsidium. Im übrigen bleibt abzuwarten, ob grundsätzlich die Polizeipräsidien oder ob die Polizeiamtsleiter für die Erteilung des Sichtvermerkes zuständig sein sollen.

In Dresden wird der Sichtvermerk vom Bahnhof des Polizeipräsidiums erteilt.

Empfänge beim Reichskanzler

Morgen Besprechung über Jugendertüchtigung und Arbeitsdienstpflicht

Berlin, 3. April. Reichskanzler Hitler empfing heute mittag eine Delegation von Mitgliedern des Reichsforstwirtschaftsrates, unter ihnen Exzellenz von Seeben. Der Kanzler wird weiter den Münchner Polizeipräsidienten und den Reichsführer der SS, Himmler, sowie den bayerischen kommissarischen Justizminister Dr. Frankenberg.

Wie wir von zuständiger Seite weiter erläutern, ist für morgen eine Chefbesprechung unter Borsig des Reichskanzlers in Aussicht genommen, die den Fragen der Jugendertüchtigung und der Arbeitsdienstpflicht gewidmet sein soll. An dieser Besprechung werden teilnehmen: Buzingen von Papen, Reichsinnenminister Dr. Reich, Reichsfinanzminister Dr. Graf Schwerin v. Krosigk, Reichsbaudienst- und Reichsernährungsminister Hungenberg, Reichsbauernminister Seldte, Reichswehrminister v. Blomberg, Reichsminister Göring und der Reichspräsident Dr. Schatz.

Bereitslich wird dann die endgültige Ernennung des nationalsozialistischen Sachverständigen Oberst Hirt zum Staatssekretär im Reichsarbeitsministerium beschlossen werden.

Oberst Hirt durfte die Betreuung der Arbeitsdienstfragen übertragen erhalten, vielleicht auch noch die Wahrnehmung der Förderung von spirituellen Bedürfnissen durch die Reichsregierung. Im Reichsarbeitsministerium werden dann unter dem Reichsarbeitsminister zwei Staatssekretäre amtieren, denn der bisherige Staatssekretär Dr. Kröhn behält weiterhin seine Funktionen, soweit sie nicht dem Obersten Hirt übertragenen Auftrag betreffen. Ergänzend hört das Nachrichtenbüro des PDS in unterrichteten Kreisen, daß die Einführung des Arbeitsdienstpflicht noch einige Zeit auf sich warten lassen werde, und zwar sowohl aus finanziellen wie aus technischen Gründen. Die Arbeitsdienstpflicht würde mit erheblichen Mehraufgaben des Reichs verbunden sein, und was das Technische anlangt, so ist vor allem die Führerfrage noch eingehend zu behandeln. Es könnte sein, daß erst zum Ende des Jahres die Arbeitsdienstpflicht den in der Zwischenzeit zu fördernden freiwilligen Arbeitsdienst ablösen werde.

Ein Reichskommissar für die Genossenschaften

Berlin, 3. April. Der Reichsernährungsminister und Reichswirtschaftsminister Hungenberg hat im Einvernehmen mit dem Reichsfinanzminister den Ministerialrat Baierholz mit der Prüfung der Vorwürfe beauftragt, die gegen die Geschäftsführung und gegen die Ausdehnung der zentralen genossenschaftlichen Verbände des landwirtschaftlichen, gewerblichen und Konsumgenossenschaftswesens sowie ihrer Landes- und Provinzialorganisationen, Verbundes und Vereinigungen erhoben werden.

Der Benannte hat die Ernächtigung erhalten, von den bezeichneten Stellen, ihren Organen und Angestellten keine Auskunft über die Geschäftsführungen, sowie die Vorlesungen der einschlägigen Richter und Schriftsteller zu verlangen. Die Reichs- und Landesbehörden sind erachtet worden, ihm auf Erlangen Unterstützung und Auskunft zu gewähren.

Maßnahmen in Sachsen

Dresden, 3. April. Der Beauftragte des Reichskommissars für das Wirtschaftsministerium, Oberregierungsrat Dr. Kluge, hat dem Wunsch des Gesamtausschusses des Verbundes der Landwirtschaftlichen Genossenschaften Sachsen entsprochen und einen Ausführungsplan, der dazu berufen ist, das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen Sachsen einer eingehenden Prüfung zu unterziehen. Diese Prüfung hat sich ganz besonders darauf zu erstrecken, ob im Interesse der gesamten ländlichen Landwirtschaft eine Rendierung in der Tätigkeit oder im Ausbau des Genossenschaftswesens geboten erscheint. Die Vollmachten sind sehr weitreichend. Die Tätigkeit erfolgt höchstenslich ehrenamtlich. Damit ist die Gewähr gegeben,

dass jede auch wie immer geartete Gefahr für das ländliche Genossenschaftswesen abgewendet ist. Gerüchte, die in Umlauf waren, dürfen jetzt unter keinen Umständen mehr zu einer Beunruhigung der Landwirtschaft führen. Es ist somit für einen vollkommen geordneten Geschäftsbetrieb in jeder Weise Sorge getragen, so daß die Landwirtschaft in den Genossenschaftsverbänden Vertrauen haben kann. Zum Vorhaben des Auschusses wurden bestellt Rechtsanwalt Dr. Heinrich Meier vom Landwirtschaftlichen Kreditverein, zu Mitgliedern der Mitterndösser Dr. Kunze, Weitzmann, Dr. Erich Winter von der Staatsanwaltschaft und dem neuen kommissarischen Generalsekretär des Genossenschaftsverbands, Nösler, Streble.

Verstärkung des Futterbaues

Regierungsappell an die Bauernschaft

Berlin, 3. April. Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, Dr. Hungenberg, richtet im Anschluß an die neue Ordnung der Fleittwirtschaft einen Appell an die Landwirtschaft, in der er heißt: Die grundlegende Neuordnung der Fleittwirtschaft durch die Reichsregierung eröffnet der deutschen Landwirtschaft nicht nur bessere Aussichten für den Absatz der bönerlichen Edelprodukte, sondern sie stellt auch gleichzeitig die nötige Produktion vor großer Aufgaben. Wel des umfassenden Geschwörtes ist nicht nur die allmäßliche Erringung der Unabhängigkeit Deutschlands in der Fleittwirtschaft.

Es gilt auch, die deutsche Viehwirtschaft in ihrem Futtermittelbedarf auf eine Höhe zu stellen. Dieser Aufgabe soll die Einbeziehung der Ossalaaten und Osselschen in das Maismonopol dienen.

Das Maismonopol wird auf eine allmäßliche Vergrößerung des Osselschweinverbrauchs, soweit die Ware unmittelbar aus dem Auslande kommt, hinarbeiten. Bei konsequenter Durchführung der Fleittwirtschaft wird sich aber auch ausländisch eine Verminderung des Osselschweinverbrauchs aus ausländischen Ossalaaten im Inlande ergeben. Dementprechend werden die der Landwirtschaft zur Verfügung stehenden ausländischen Kraftfuttermittel auswändig knapper werden. Pflicht eines jeden Landwirtes ist es daher, schon jetzt, bei der Frühjahrsarbeit, die Betriebsführung auf diese Entwicklung einzustellen. Es kommt also darauf an,

die Erzeugung wirtschaftsgünstigerer Futtermittel zu liefern.

Hierbei wird die Silofutterbereitung in wesentlich stärkerem Maße als bisher herangezogen werden müssen. Es werden in dem Appell dann für die verschiedenen Bedarfsarten Empfehlungen gegeben, welche Futtermittelplanen zweckmäßig anzubauen sind.

In Polen heben amtliche Kreise

Noch immer Boykott deutscher Waren

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 3. April. Die Reichshauptstadt steht heute wieder im Zentrum des normalen Geschäftsbetriebs. So schnell und diszipliniert der Abwehrkampf einsetzte, so schnell und diszipliniert ist mit dem heutigen Tage der früheren Zustand wiederhergestellt. In den größeren Ländern, vor allem England und Amerika, scheint dieser Kampf nicht ohne Wirkung geblieben zu sein, denn sowohl man aus der Presse feststellen kann, daß sich die Stimmung infolger geändert, als man die Propagandabewegung gegen Deutschland einzudämmen bemüht ist. Allerdings liegen aus anderen Ländern, besonders aus den östlichen Staaten, Meldungen vor, wonach die Boykottbewegung hier noch fortduert. So wird aus Warschau gemeldet, daß der Boykott deutscher Waren eine neue Forderung von amtlicher politischer Seite erfüllte. In einer Massenversammlung der Warschauer jüdischen Kaufleute erhielten u. a. auch der Staatssekretär des polnischen Handelsministeriums, der Direktor des staatlichen Exportkontrolls und der Präsident der Warschauer Handelskammer.

Diese drei amtlichen Vertreter erinnern sich in schärfster Ausfällen gegen Deutschland.

Auch in Litauen nimmt die Hebe ihren Fortgang. Der in Kowno eingesetzte Aktionsausschuß zur Veranstaltung von Protestkundgebungen gegen den Antisemitismus und die Entrechtung der Juden in Deutschland hält eine Versammlung ab und beschloß, morgen und übermorgen Demonstrationen zu veranstalten. Am Dienstag sollen in Kowno alle jüdischen Geschäfte schon um 6 Uhr nachmittags geschlossen werden, und hierauf wird in der Synagoge eine Protestversammlung stattfinden. Am Mittwoch soll sich eine Protestversammlung im Rathausamt anschließen. Ferner ist beschlossen worden, in den Ortsteilen an der deutschen Grenze und in Memel große Protestkundgebungen zu veranstalten. Der Aktionsausschuß befiehlt sich außerdem

Große Grenzlandkundgebung in Zweibrücken

Zweibrücken (Pfalz), 3. April. Die NSDAP veranstaltete am Sonntag in der reichsgezähmten Grenzstadt Zweibrücken eine große Kundgebung für die Grenzland Saar und Pfalz. An der Kundgebung nahm das ganze Saarland teil, seine Stadt keine Landeshauptstadt fehlte. Jeder Landkreis war vertreten. Auch Beamte der Regierungskommission waren anwesend. An dem großen SA-Aufmarsch beteiligten sich auch

die loyalistischen Abteilungen, die Schilder mit der Aufschrift „Ehemalige SS des Saargebiets“, „Wir sind verboten!“ trugen.

Der 1½ Stunden dauernde Festzug der Schätztausende wurde von besetzten SS-Abteilungen angeführt. Am Ende wurden zahlreiche Transparente mitgetragen, die den unerhörterlichen Willen des Saarvolkes zur Rückkehr ins Reich verkündeten. Im Anschluß davon fand die eigentliche Grenzlandkundgebung in der Festhalle statt, die nur einen Bruchteil der Teilnehmer fassen konnte, während die übrigen auf den benachbarten Plätzen Aufstellung nahmen. Der SA-Oberführer der Pfalz, Schwabegel, leitete den unerhörterlichen Glauben der Saarländer an Reich und Vaterland und richtete einen packenden Appell an sie, die kurze Zeit in der Reichszeit bis zur Entscheidung aufzuhalten. Ein eindrucksvolles Bild von der Geduld und Verfolgung der NSDAP im Saargebiet gab der Gauführer der Saar.

Er gehet, daß die verschwundenen Exemplare nichts gegen die Vergewaltigungen der Saar untersnommen hätten.

Gauleiter Bürkel wandte sich vor allem gegen die hochverräterischen Machthabern der SPD- und SPÖ-Kreise, die ein Eingreifen Frankreichs pronostizierten und damit nochmals den Verlust einer bolschewistischen Revolution machen wollten. Keunklich sei besonders der mit dieser Verbrennungsschäften. Mit Heiteren auf Adolf Hitler schloß die eindrucksvolle Feierstunde.

Niederwerbung für Dr. Goebbels in Danzig

Danzig, 3. April. In Danzig sollte am Mittwoch oder Donnerstag dieser Woche ein Vortragshabend der NSDAP stattfinden, bei dem Reichsminister Dr. Goebbels sprechen sollte. Durch die Aufrechterhaltung des Verlagsverbotes durch den Danziger Senat kann Minister Goebbels seine beabsichtigte Rede nicht halten. Diese Tatsache wie auch die Verhinderung des Verlagsverbotes durch das, das auch geschlossene Mitgliederversammlungen der Nationalsozialisten vom Danziger Senat verboten worden sind, haben in Danziger nationalsozialistischen Kreisen eine große Erregung hervorgerufen. Wie die Tatsache, aus zuverlässiger Quelle erfährt, wird der reichsdeutsche amtliche Vertreter in Danzig, Generalkonsul Dr. Kreß von Kressmann, auf Veranlassung der deutschen Reichsregierung am heutigen Vormittag einen diplomatischen Schritt beim Danziger Senat unternommen, der die Unterbindung des Vortrages des Reichsministers Goebbels in Danzig zum Gegenstand haben wird.

In Polen heben amtliche Kreise

noch immer Boykott deutscher Waren

mit Gegenmaßnahmen, die den Boykott deutscher Waren betreffen.

Ein deutscher Schritt in Rattowitz

Berlin, 3. April. Der deutsche Generalkonsul in Rattowitz, Graf Adelmann, hat wegen der antideutschen Ausschreitungen in Rattowitz, wo, wie berichtet, deutsche Bevölkerung und eine Synagoge, die deutsche Hochschule brannten, verbrannt wurden, einen Protestschritt beim Woimoden unternommen. Da der Generalkonsul den Woimoden gestern nicht angetroffen hat, hat er seinen Protestschritt heute vormittag beim Woimoden wiederholt.

Rücktritt des Frankfurter Rektors

Frankfurt a. M., 3. April. Der derzeitige Rektor der Frankfurter Universität, Professor Dr. Gerloff, ist von einem Amt zurückgekehrt. Man erhebt gegen ihn eine ganze Reihe von Vorwürfen, die innerhalb der Studentenschaft zu beträchtlicher Erregung geführt haben. Die Polizei nahm den Rektor daher in Schüßlast, um ihn vor Gewalttätern zu schützen. Der kommunistische Oberbürgermeister Dr. Kreß sprach in seiner Eigenschaft als Mitglied des Kuratoriums der Universität am Sonnabend mit dem Rektor. Am Anschluß an diese Unterredung hat sich der Rektor dann freiwillig zum Rücktritt entschlossen.

Der Rektor der Z. H.

Braunschweig verhaftet

Braunschweig, 3. April. Auf dem Braunschweiger Hauptbahnhof wurde am Sonntag beim Eintreffen aus Bonn der Polizei gefasste Rektor der Technischen Hochschule Braunschweig, Professor Dr. Gohsler, von Beamten der Schupolizei und SA-Hilfspolizei in Halt genommen. Er wurde ins Kreisgefängnis eingeliefert.